

15.09.2022

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt an Kindern insbesondere sexueller Online-Ausbeutung von Kindern (OSEC)

TEIL 1

A. Problem und Ziel

Im Zuge der technologischen Entwicklung hat sich auch die Art und Weise der Begehung von Straftaten, die die sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen zum Gegenstand haben, fortentwickelt und verändert. Sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen breitet sich im Rahmen von Online-Aktivitäten zunehmend aus. Hierfür setzt sich zunehmend der Begriff OSEC (*online sexual exploitation of children*) durch, der auch im Folgenden verwendet wird.

Das Internet schafft einen Marktplatz, der den niederschweligen Kauf und Verkauf des Kindesmissbrauchs online (oft unter Nutzung anonymer Strukturen und Netzwerke) ermöglicht. Diese Entwicklung wurde in jüngerer Vergangenheit nochmals verstärkt durch die pandemiebedingten Einschränkungen und der zeitgleichen Stärkung digitaler Strukturen. Es ist ein wachsendes Angebot und Nachfrage von sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen durch Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zu verzeichnen.

OSEC-Begehungsformen sind charakterisiert durch Missbrauchshandlungen an Kindern und/oder Jugendlichen im In- oder Ausland, welche zeitgleich oder zeitversetzt über Informations- und Kommunikationstechnologien übertragen und von einer dritten – beim Missbrauch nicht physisch anwesenden Person – konsumiert und in der Regel auch (mit)gesteuert wird. Denn die Begehung erfolgt dabei zunehmend durch eine **aktive und die Tat mitprägende Einwirkung** des OSEC-Konsumenten auf das Opfer oder einen Dritten während der Tatbegehung zur Erfüllung seiner Wünsche. Während der erstgenannte Fall teilweise bereits von den geltenden Regelungen erfasst ist, ist der Unwertgehalt der Tat bei einer Einwirkung über Dritte keineswegs geringer als bei einer Einwirkung auf das Kind selber. Im Gegenteil lässt sich der Unwertgehalt sogar als höher begreifen, weil das Opfer in besonderer Weise zu einem Objekt degradiert und der Durchführung einer ihm nicht begreiflichen Anweisung durch einen Dritten ausgesetzt ist.

Erfolgt der Konsum im Inland, findet das deutsche Strafrecht zwar Anwendung. Die einschlägigen Straftatbestände erfassen das spezifische Tatunrecht von OSEC-Konsumenten oft jedoch nur unzulänglich. Die strafrechtlichen Normierungen müssen dieses Phänomen hinreichend und nachhaltig in den Blick nehmen und dem Schutz der Kinder und Jugendlichen Rechnung tragen. Das gilt auch vor dem Hintergrund gemeinschaftsrechtlicher und internationaler Vorgaben.

Durch jüngere Reformen sind erste Lücken auch mit Blick auf OSEC-Strafbarkeiten geschlossen worden, insbesondere durch die zeitgemäße Ausweitung von Tatbegehungen mittels „Inhalten“ iSd. § 11 Abs. 3 StGB. In anderen Bereichen steht die Umsetzung dieses Änderungsbedarfs allerdings noch aus.

Auf der angemessenen Strafbarkeit der OSEC-Konsumenten liegt daher das Augenmerk dieses Reformbemühens.

B. Lösung

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf werden die notwendigen Anpassungen im Strafgesetzbuch vorgeschlagen, um die aufgezeigten Unzulänglichkeiten einer adäquaten strafrechtlichen Erfassung des im Vordringen befindlichen mediengestützten Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen zu beseitigen. Das gilt v.a. mit Blick auf die ortsabwesenden OSEC-Konsumenten, die regelmäßig eine prägende Einflussnahme auf das Tatgeschehen ausüben.

Von der bloßen Teilnahme ist die phänotypische täterschaftliche Begehung zu unterscheiden, nach der zwar nicht direkt auf das Kind und den Jugendlichen durch den ortsabwesenden OSEC-Konsumenten eingewirkt wird (z.B. entwicklungsbedingt oder wegen sprachlicher Barrieren), aber die missbrauchenden Handlungen dennoch durch den OSEC-Konsumenten maßgeblich mitgesteuert und dirigiert durch einen Dritten erfolgen.

Erforderlich, aber auch ausreichend sind einzelne Änderungen in den bestehenden strafrechtlichen Regelungen. Es wird hierfür nachfolgend ein Gesetzesentwurf (StGB-E) vorgeschlagen.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

Keiner.

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner

E.2 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner.

F. Weitere Kosten

Die gesetzlichen Regelungen verlangen bereits bei gegenwärtiger Rechtslage entsprechende Ermittlungstätigkeiten der Justiz. Mit Blick auf die Regelungen zum Schutz jugendlicher Opfer und der Zwangsprostitution ist eine gewisse Ausweitung zu erwarten.

TEIL 2

Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von OSEC-Kriminalität

Artikel 1

Änderung des Strafgesetzbuchs

1. § 176a StGB wird wie folgt geändert:

- a) In **Absatz 1** wird **Nr. 4** wie folgt neu eingefügt:
4. auf ein Kind oder einen Dritten auch mittels eines Inhalts (§ 11 Absatz 3) einwirkt, um
 - a) eine sexuelle Handlung zu bewirken, die das Kind an sich oder an oder vor dem Täter oder einer dritten Person vornimmt oder die von dem Täter oder einer dritten Person an dem Kind vorgenommen wird.
 - b) eine Tat nach § 184b Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 oder nach § 184b Absatz 3 zu begehen.
- b) **Absatz 3** wird wie folgt geändert:
In Absatz 3 wird nach den Wörtern „Der Versuch ist in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 und 2“ sodann „und Nummer 4“ eingefügt.

2. § 176c StGB wird wie folgt geändert:

- a) **Absatz 1** wird wie folgt geändert:
In Absatz 1 wird nach den Wörtern „in den Fällen des § 176 Abs. 1 und 2“ sodann „und § 176a Absatz 1 Nummer 4“ eingefügt.
- b) **Absatz 2** wird wie folgt geändert:
In Absatz 2 wird nach den Wörtern „des § 176a Absatz 1 Nummer 1 oder Nummer 2“ eingefügt „oder Nummer 4“.

3. § 182 StGB wird wie folgt geändert

a) **§ 182 Abs. 1 Nr. 2 StGB-E:**

„auf sie oder einen Dritten auch mittels eines Inhalts (§ 11 Absatz 3) einwirkt, um eine sexuelle Handlung zu bewirken, die die Person unter 18 Jahren an sich oder an oder vor dem Täter oder einer dritten Person vornimmt oder die von dem Täter oder einer dritten Person an der Person unter 18 Jahren vorgenommen wird.“

b) **§ 182 Abs. 3 Nr. 2 StGB-E:**

„auf sie oder einen Dritten auch mittels eines Inhalts (§ 11 Absatz 3) einwirkt, um eine sexuelle Handlung zu bewirken, die die Person unter 16 Jahren an sich oder an oder vor dem Täter oder einer dritten Person vornimmt oder die von dem Täter oder einer dritten Person an der Person unter 16 Jahren vorgenommen wird.“

4. § 232a Abs. 6 StGB wird nach den Wörtern

„vornimmt oder von ihr an sich vornehmen lässt“ ergänzt durch die Wörter „oder durch Einwirkung auch mittels Inhalten sexuelle Handlungen durch Dritte an der Person oder hierdurch von dieser an einem Dritten vornehmen lässt“

Artikel 2 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am _____ (*einsetzen das Datum des ersten Tages des dritten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats*) in Kraft.

BEGRÜNDUNG

A. ALLGEMEINER TEIL

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen breitet sich im Rahmen von Online-Aktivitäten zunehmend aus. Hierfür wird im Folgenden der Begriff OSEC (*online sexual exploitation of children*) verwendet.

Das Internet schafft einen Marktplatz, der den niederschweligen Kauf und Verkauf des Kindesmissbrauchs online ermöglicht. Diese Entwicklung wurde in jüngerer Vergangenheit nochmals verstärkt durch die pandemiebedingten Einschränkungen und der zeitgleichen Stärkung digitaler Strukturen. Es ist ein wachsendes Angebot und Nachfrage von sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen durch Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zu verzeichnen.

Besonders problematisch ist, dass mit fortschreitender Technologisierung den (potenziellen) Tätern weitreichende Möglichkeiten erwachsen, sich über das Internet zu vernetzen, um die Taten zu begehen. Insbesondere der Ausbau des Internet- und Mobilfunknetzes in Entwicklungsländern und der Entwicklung von immer neuen Streaming- und Zahlungsmöglichkeiten eröffnen den Tätern Zugang zu einer anonymisierten Infrastruktur.

Gleichzeitig wächst das Angebot und die Nachfrage von Möglichkeiten von sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen durch Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien. Das Problem von sexueller Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen verlagert sich zunehmend auf Online-Aktivitäten. Dies ist nochmals verstärkt worden durch die pandemiebedingten Entwicklungen, namentlich die physischen Einschränkungen und der zeitgleichen Stärkung digitaler Strukturen.

Der vereinfachte Zugang zu den Opfern und die Anonymität die OSEC bieten kann, ist wiederum für viele Täter attraktiv, weshalb auch zukünftig zu erwarten ist, dass sich der beobachtete Trend hin zu verstärkten kommerziellen Streaming-Handlungen zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen fortsetzen wird.

Bei den Begehungen durch OSEC-Taten handelt sich in der Regel um einen Komplex aus sexuellem Missbrauch von Minderjährigen, der Herstellung bzw. den Konsum von Kinder- und Jugendpornografie und – je nach Fallgestaltung – mit Berührungspunkten auch zur Zwangsprostitution.

OSEC-Begehungsformen sind charakterisiert durch Missbrauchshandlungen an Kindern und/ oder Jugendlichen im In- oder Ausland, welche zeitgleich oder zeitversetzt über Informations- und Kommunikationstechnologien übertragen und von einer dritten – beim Missbrauch physisch nicht anwesenden Person – konsumiert und in der Regel auch (mit)gesteuert wird. Denn die Begehung erfolgt dabei zunehmend durch eine **aktive Einwirkung** des OSEC-Konsumenten auf das Opfer oder einen Dritten während der Tatbegehung. Während der erstgenannte Fall teilweise bereits von den geltenden Regelungen erfasst ist, ist der Unwertgehalt der Tat bei einer Einwirkung über Dritte keineswegs geringer als bei einer Einwirkung auf das Kind selber. Im Gegenteil lässt sich der Unwertgehalt sogar als höher begreifen, weil das Opfer in besonderer Weise zu einem Objekt degradiert und der Durchführung einer ihm nicht begreiflichen Anweisung durch einen Dritten ausgesetzt ist.

Durch jüngere Reformen sind erste Lücken auch mit Blick auf OSEC-Strafbarkeiten geschlossen worden, insbesondere durch die zeitgemäße Ausweitung von Tatbegehungen mittels „Inhalten“ iSd. § 11 Abs. 3 StGB. In anderen Bereichen steht die Umsetzung dieses Änderungsbedarfs allerdings noch aus:

Erfolgt der Konsum im Inland, findet das deutsche Strafrecht zwar Anwendung. Die einschlägigen Straftatbestände erfassen das spezifische Tatunrecht von OSEC-Konsumenten oft jedoch nur unzulänglich. Die strafrechtlichen Normierungen müssen dieses Phänomen hinreichend und nachhaltig in den Blick nehmen und dem Schutz der Kinder und Jugendlichen Rechnung tragen. Das gilt auch vor dem Hintergrund gemeinschaftsrechtlicher und internationaler Vorgaben.

Auf der angemessenen Strafbarkeit der OSEC-Konsumenten liegt daher das Augenmerk dieses Reformbemühens.

1. Reformbedarf im Bereich des sexuellen Missbrauchs von Kindern

Reformbedarf besteht vor allem mit Blick auf die Strafbarkeit von OSEC-Taten wegen sexuellen Missbrauchs (§§ 176a, 176c, 182 StGB). So sind Taten, in denen durch den OSEC-Konsumenten – nicht auf das Kind selbst – sondern auf einen Dritten (z.B. den OSEC-Händler) eingewirkt wird, um ein Kind zu missbrauchen, nicht ohne Weiteres und v.a. nicht hinreichend von den Normen des deutschen Strafgesetzbuches erfasst.

So ist selbst bei einer aktiven Einwirkung des OSEC-Konsumenten auf das Tatgeschehen eine *täterschaftliche* Bestrafung wegen sexuellen Missbrauchs in diesen Fällen nach geltendem Recht regelmäßig ausgeschlossen

- mangels eigenhändiger Begehung (§ 176 Abs. 1 StGB) oder
- mangels physischen Körperkontakts einer anderen Person mit dem Kind (§ 176a Abs. 1 Nr. 1 StGB),

- mangels eines unmittelbaren kommunikativen Kontakts des OSEC-Konsumenten mit dem Kind (§ 176a Abs. 1 Nr. 3 StGB),
- mangels physischer Präsenz des OSEC-Konsumenten vor Ort, (§ 176, 176c Abs. 1 Nr. 3 StGB „gemeinschaftlich begangen“).

Es bleibt dann nur noch eine Teilnahmestrafbarkeit wegen Anstiftung oder Beihilfe. Hält man sich die Voraussetzungen der Teilnahmestrafbarkeit vor Augen, werden die Unzulänglichkeiten schnell deutlich:

Ist etwa der OSEC-Händler bzw. die Person, die auf das Opfer einwirkt, bereits zum Missbrauch fest entschlossen (*omnimodus facturus*), scheidet eine Anstiftung möglicherweise aus. Es bleibt zudem eine – nach dem Zweifelsgrundsatz zu lösende – Tatfrage, ob ein konkreter Tatentschluss bei der vermeintlich angestifteten Person bereits vorlag bzw. man dies ausschließen kann. Wenn nicht, ist eine Bestrafung auch eines den Missbrauch aktiv mitgestaltenden OSEC-Konsumenten allenfalls wegen Beihilfe möglich. Gleiches gilt, wenn nicht auszuschließen ist, dass durch den OSEC-Konsumenten eine Modifikation des Missbrauchs veranlasst wurde, die hinter dem ursprünglichen Tatentschluss zurückblieb (Abstiftung).

Die Bestrafung wegen Beihilfe wird dem kriminellen Unrecht insbesondere dort nicht gerecht, wo der OSEC-Konsument bewusst auf das Kind oder einen Dritten einwirkt, indem er das Geschehen in seiner konkreten Gestaltung dirigiert oder auch die Reihenfolge von Abläufen durch geäußerte Wünsche gezielt (mit)gestaltet. Die Bestrafung wegen Beihilfe unterliegt dabei zudem der *obligatorischen* Strafmilderung nach § 27 Abs. 2 S. 2 StGB.

Die geltende Rechtslage spiegelt die maßgebliche und oft – „Regisseur“-gleiche – Rolle des OSEC-Konsumenten am Missbrauchsgeschehen nicht adäquat wider. Trotz der notwendigen Tatherrschaft bzw. des notwendigen Tatherrschaftswillens, wird der OSEC-Konsument aufgrund des Charakters des Delikts als eigenhändiges Delikt bisher nicht täterschaftlich erfasst. Die Einflussmöglichkeit des OSEC-Konsumenten auf das Geschehen kommt jedoch seiner körperlichen Anwesenheit gleich. Es entspricht daher einer (mit)täterschaftlichen Beteiligung gemessen am Grad des eigenen Interesses am Taterfolg, dem Umfang der eigenen Tatbeteiligung und dem beherrschenden Moment des Tatgeschehens sowie dem Willen zur Tatherrschaft. Das gilt umso mehr, wenn es im Vorfeld zwischen dem physisch Anwesenden und dem online Zuschauenden Abreden über konkrete Abläufe im Sinne eines gemeinsamen Tatplans gab.

Die regelmäßig tatprägende Rolle des OSEC-Konsumenten bei dem Missbrauch muss vom deutschen Strafrecht adäquat erfasst und der spezifische Unrechtsgehalt zutreffend abgebildet werden. Das ist nur durch eine täterschaftliche Qualifizierung der mitbestimmenden Einwirkung möglich. Es ist dem deutschen Strafrecht auch nicht fremd, tatbestimmende Einwirkungshandlungen als eine täterschaftliche Begehung zu qualifizieren, um ein Tatunrecht adäquat erfassen zu können, wie sich dies etwa in der Normierung des § 160 StGB (Verleitung zur Falschaussage) zeigt.

Dem deutschen Strafrecht ist es zudem auch nicht fremd, dass ein sexueller Missbrauch auch online täterschaftlich begehbar ist und einer Begehung „vor Ort“ gleichgestellt sein kann. Das zeigt beispielsweise die ältere Regelung des § 174 Abs. 3 StGB. Hiernach genügt eine online-Begehung auch dann als „vor“ dem Kind vorgenommen, wenn „die Einflussmöglichkeit des Täters auf das Geschehen der Situation einer körperlichen Anwesenheit gleich ist“ (Fischer, T.: Komm. Strafgesetzbuch (2020), § 174, Rn. 14).

Auch die Neufassung des § 176c Abs. 2 StGB schafft hier keine Abhilfe, denn sie setzt neben der Absicht mit Blick auf § 184b begrifflich voraus („*verbreiten*“), dass die Inhalte nicht nur dem OSEC-Konsumenten, sondern einem größeren Personenkreis zugänglich gemacht werden.

2. Reformbedarf im Bereich des sexuellen Missbrauchs von Jugendlichen

Reformbedürftig ist auch das Schutzniveau für jugendliche OSEC-Opfer. Altersbezogene Handlungen an Jugendlichen werden grundsätzlich durch § 180 StGB und § 182 StGB erfasst.

Über § 180 StGB lassen sich nur bestimmte Handlungen von OSEC-Konsumenten fassen, die jedoch nicht die das Tatgeschehen oft prägende Beteiligung der OSEC-Konsumenten abbilden, insbesondere dann nicht, wenn diese die Situation des Missbrauchs aktiv mitgestalten. Es darf insoweit auf die Ausführungen unter 1. verwiesen werden.

Entsprechendes gilt für die Regelungen der § 182 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 3 Nr. 2 StGB. Auch hier fehlt es an der Möglichkeit einer täterschaftlichen Erfassung des OSEC-Konsumenten bei Einwirkung nicht auf das jugendliche Opfer, sondern auf einen ortsanwesenden Dritten.

Wengleich die Normen richtigerweise die reifungsbedingte Fähigkeit zur sexuellen Selbstbestimmung berücksichtigen, ist die Vornahme sexueller Handlungen vor einer jugendlichen Person bislang nicht strafbewehrt. Das stellt sich jedenfalls bei einer Begehung unter *Ausnutzung einer Zwangslage* des Opfers iSd. § 182 Abs. 1 StGB als unzureichend dar. Gleiches gilt im Fall des § 182 Abs. 3 StGB, wenn von dem Täter die fehlende Fähigkeit des jugendlichen Opfers zur sexuellen Selbstbestimmung ihm gegenüber ausgenutzt wird. Ein entsprechendes Regelungsbedürfnis besteht unabhängig von OSEC-Taten, stellt sich bei einer online-Begehung aber in derselben Weise.

3. Reformbedarf im Bereich der Zwangsprostitution (Freier-Strafbarkeit)

Auch im Bereich der Zwangsprostitution sind die im Vordringen befindlichen Online-Aktivitäten nicht hinreichend strafrechtlich abgebildet. So wird mit § 232a Abs. 6 StGB zwar eine Lücke für die Freier-Strafbarkeit geschlossen. Allerdings erfasst der § 232a Abs. 6 StGB nur Handlungen des Freiers mit einem (eigenen) Körperkontakt im Sinne von § 184b Nr. 1 StGB. Nicht erfasst sind bislang diejenigen „Online-Freier“, die ausschließlich unter Verwendung von Online-Begehungen

und unter Ausnutzung derselben Zwangslage Handlungen des Opfers an sich selbst oder an einer anderen Person verlangen.

Die bisherige Rechtslage wird der steigenden Online-Delinquenz nicht gerecht und ist auch gesetzssystematisch inkonsequent. Denn der Gesetzgeber in § 232a Abs. 1 Nr. 2 StGB hat sich für eine Erfassung von Online-Begehungsformen (wie etwa „Live-Shows“ über Webcam o.ä.) auch im Rahmen der Zwangsprostitution entschieden. Dann aber ist es nur konsequent, wenn insoweit auch eine Freier-Strafbarkeit normiert wird. Eine Berücksichtigung lediglich im Wege der Beihilfe bildet die strafrechtliche Verantwortlichkeit aus den o.g. Gründen nicht hinreichend ab und wird den traumatischen Erfahrungen der Opfer nicht gerecht.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Der Entwurf schlägt zur Erfassung der vermehrt in das Internet verlagerten Missbrauchshandlungen einige Änderungen geltender Bestimmungen vor. Sie sind notwendig, aber auch ausreichend, um dem im Vordringen befindlichen Phänomen mit Blick auf das über einer Teilnahme an einer fremden Tat qualitativ hinausgehende kriminelle Unrecht Rechnung zu tragen und zugleich den sich daraus ergebenden Opferschutzgesichtspunkten gerecht zu werden.

Gleichzeitig ermöglicht der Entwurf einen verbesserten Schutz zugunsten jugendlicher Opfer, die aufgrund der bei der Tatbegehung ausgenutzten Zwangslage oder der Unfähigkeit zur sexuellen Selbstbestimmung in dem Tatgeschehen ebenfalls schutzbedürftig sind.

Der Entwurf schlägt schließlich vor, die Freierstrafbarkeit im Bereich der Zwangsprostitution denjenigen Erscheinungsformen anzupassen, in denen ein Freier sexuelle Handlungen ohne eigenen Körperkontakt verlangt und dabei die persönliche und wirtschaftliche Zwangslage oder die Hilflosigkeit des Opfers, die mit dem fremden Aufenthalt in einem Land verbunden ist, ausnutzt. Dabei soll es keinen Unterschied machen, ob er körperlich zugegen oder abwesend ist.

III. Alternativen

Es sind keine Alternativen zu dem Entwurf ersichtlich.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes folgt für die vorgeschlagenen Änderungen aus dem Kompetenztitel des Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 des Grundgesetzes.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Der Entwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hat, vereinbar.

Er versteht sich dabei als Fortführung der Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen, allen voran der Kinderrechtskonvention aus dem Jahr 1990, des Fakultativprotokolls vom 25.05.2000 zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, der Kinderprostitution¹ und der Kinderpornographie² (vgl. BGBl 2008, Teil II n. 29. S. 1222 ff.).

Gleiches gilt mit Blick auf das ratifizierte Zusatzprotokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insb. des Frauen- und Kinderhandels („Palermo-Protokolls“; vgl. UN Status of Treaties, Ch XVIII, 12a) und des darauf basierenden Übereinkommens des Europarats vom 16.05.2005 zur Bekämpfung des Menschenhandels, der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer sowie der richtungsweisenden Grundsatzentscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 07.01.2010 zu Art. 4 Abs. 1 EMRK (Rantsev vs. Zypern u. Russland, EGMR, UrT. v. 07.01.2010, Az: 25965/04), nach der die Europäische Menschenrechtskonvention im Lichte der aktuellen, sich wandelnden Verhältnisse auszulegen ist. Der Entwurf entspricht zudem der Stoßrichtung des Übereinkommens des Europarats über Computerkriminalität („Budapest-Übereinkommen“, vgl. Council of Europe, Chart of Signature and Ratifications of Treaty N. 185).

¹ In diesem juristischen Kontext wird zur Vereinfachung weiterhin der Begriff „Kinderprostitution“ genutzt. Wir empfehlen aber diesen Begriff nicht in gesetzgebenden Dokumenten, in Politikdokumenten oder in der Praxis zu gebrauchen, da er Kindern Schaden zufügen kann und/oder das Risiko beherbergt, die Schuld auf die Kinder zu verlagern. Der Begriff könnte implizieren, dass das Kind sich zur Prostitution bereit erklärt hat, oder dass es eine (Mit-)Verantwortung an seiner eigenen Ausbeutung trägt.

² In diesem juristischen Kontext wird zur Vereinfachung weiterhin der Begriff „Kinderpornografie“ genutzt. Laut Luxemburgischen Leitfadens soll der Begriff in nicht-juristischen Zusammenhängen nicht mehr verwendet werden, sondern vielmehr durch die Formulierung „Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern/sexueller Ausbeutung von Kindern“ ersetzt werden. Die Kritik an diesem Begriff leitet sich aus der Tatsache ab, dass ‚Pornografie‘ zunehmend normalisiert wird und (beabsichtigt oder unbeabsichtigt) dazu beitragen kann, den Ernst von tatsächlichem sexuellem Missbrauch und/oder sexueller Ausbeutung von Kindern zu mindern, ihn zu bagatellisieren, zu trivialisieren oder sogar zu legitimieren.

VI. Gesetzesfolgen

1. Ermittlungsverfahren und strafrechtliche Verurteilungen

Die Vorschläge werden möglicherweise im Bereich des Schutzes jugendlicher Opfer und zur Begegnung der Freier-Strafbarkeit des § 232a Abs. 6 StGB-E zu vermehrten Strafprozessen führen. Im Wesentlichen aber ändert sich durch die Neuregelungen des Entwurfs nicht die Quantität der Verfahren, sondern die qualitative Bewertung der ohnehin verfolgten Straftaten.

2. Nachhaltigkeitsgesichtspunkte

Der Entwurf steht im Einklang mit völker- und gemeinschaftsrechtlichen Entwicklungen und Vorgaben und setzt den Opferschutz durch eine sach- und zeitgerechte Erfassung von im Vordringen befindlichen neuen Begehungsweisen und kriminellen Phänomenen fort.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

4. Erfüllungsaufwand

Auch, wenn sich die Strafbarkeiten mancher Begehungsformen erweitern, wird mit dem Entwurf ein erhöhter Personalbedarf aller Voraussicht nach nicht einhergehen. Der Schwerpunkt der Änderungsfolgen liegt in der qualitativen Bewertung der Tatbeteiligungen.

5. Weitere Kosten

Weitere Kosten sind nicht zu erwarten.

6. Weitere Gesetzesfolgen

Die Regelungen des Entwurfs werden auch keine Auswirkungen auf Verbraucherinnen und Verbraucher haben. Sie sind inhaltlich geschlechtsneutral und alle Personen in gleicher Weise. Demografische Auswirkungen sind ebenfalls nicht zu erwarten.

VII. Evaluierung und Befristung

Einer Evaluierung oder einer Befristung bedarf es nicht.

B. BESONDERER TEIL

Zu Artikel 1

1. zu Nummer 1 (§ 176a Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 3 StGB-E)

§ 176a Abs. 1 Nr. 4 StGB-E wird zukünftig die täterschaftliche Erfassung von solchen Handlungen ermöglichen, in denen die Missbrauchshandlung nach Wunsch und Willen des einwirkenden Täters zwar nicht mit eigenem Körperkontakt zu ihm ausgeführt werden soll, der Täter aber dennoch durch eine psychische Einflussnahme tiefergehender Art, d.h. eine zugleich tat(mit) prägende Einflussnahme auf das Geschehen und seine Abläufe ausübt. Die neue Fassung kann nun auch das spezifische Handlungsunrecht in solchen Delikten erfassen, in denen die Einwirkung nicht unmittelbar auf das Kind erfolgt, sondern – etwa aufgrund des Alters des Missbrauchsofers oder wegen sprachlicher Barrieren – auf einen Dritten (z.B. OSEC-Händler) erfolgt. Dieses Tatbild soll als täterschaftlich begriffen werden.

Das dualistische Beteiligungssystem steht dem nicht entgegen. Denn die beschriebene Beteiligung geht nach Eigeninteresse, Tatbeherrschung und mitprägender Rolle während der Tatbegehung über eine bloße Anstiftung hinaus. Gleichzeitig bleibt für eine Bestrafung (nur) wegen Anstiftung hinreichend Raum, etwa dort, wo eine nur tatgeneigte Person (OSEC-Händler) im Vorfeld zum Missbrauch angestiftet wird, das Missbrauchsgeschehen selber aber frei von der aktiv einwirkenden Einflussnahme des Täters bleibt. Ebenso ist dort an eine Anstiftung zu denken, wo der OSEC einer von mehreren online teilnehmenden Konsumenten ist und lediglich Anregungen abgeben kann.

Erschöpft sich die Beteiligung in einer bloßen Anwesenheit ohne jedwede aktive Einwirkung (etwa, weil Video- und Audiofunktionen bei dem online-Anwesenden ausgeschaltet sind) oder äußert der OSEC-Konsument lediglich sein Gefallen an den Vorgängen, kommt neben einer Strafbarkeit nach § 184e StGB eine Strafbarkeit wegen Beihilfe in Betracht.

Die Abgrenzung zwischen Teilnahme und Täterschaft ist eine Frage des Einzelfalls. Dass die Grenzen mitunter nicht immer eindeutig sind, ist allerdings eine Schwierigkeit, die sich bei allen Allgemeindelikten stellt und dem dualistischen Beteiligungssystem des deutschen StGB immanent ist.

Maßgebliches Kriterium ist die strukturelle Möglichkeit der aktiv mitgestaltenden Einflussnahme auf die Missbrauchshandlungen und die Frage, ob sich die Tat nach Grad des eigenen Interesses am Taterfolg, dem Umfang der eigenen Tatbeteiligung (z.B. durch Anweisungen) sowie dem Willen zur Tatherrschaft als eine fremde Tat oder nach dem Gepräge (auch) als eine solche des OSEC-Konsumenten darstellt.

Um eine vollständige Erfassung der OSEC-Konstellation im § 176a zu gewährleisten, müssen die unter Absatz 1 erfassten Änderungen auch in die Norm zur Versuchsstrafbarkeit des Absatz 3 eingefügt werden.

2. zu Nummer 2 (§ 176c Abs. 1 und 2 StGB-E)

Die Erfassung der OSEC-Taten erfordert mit Blick auf das übrige Normengefüge eine Harmonisierung auch mit Blick auf die Verweisungsnormen des § 176c Abs. 1 und 2 StGB. Die Tatverwirklichung durch Einwirkung auf Dritte ist in gleicher Weise auch von den Qualifikationstatbeständen des § 176c Abs. 1 und 2 StGB aufzunehmen.

3. zu Nummer 3 (§ 182 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 3 Nr. 2 StGB-E)

Die Begehung an jugendlichen Opfern ist in Fällen äquivalenter Vulnerabilität zu erfassen, d.h. in denjenigen Fällen, in denen den jugendlichen Opfern aufgrund einer Zwangslage oder ihrer persönlichen Prädisposition die Fähigkeit zur sexuellen Selbstbestimmung fehlt und dies von dem oder den Tätern ausgenutzt wird.

4. zu Nummer 4 (§ 232a Abs. 6 StGB-E)

Durch die Ergänzung werden neben der bereits bestehenden Freier-Strafbarkeit in den Fällen der Zwangsprostitution auch solche Fälle erfasst, in denen der Freier eine sexuelle Handlung des Opfers oder an diesem ohne eigenen Körperkontakt begeht und entgeltlich konsumiert. Dabei soll es auch hier keinen Unterschied machen, ob der Freier vor Ort ist oder die Handlung mittels Inhalte in Anspruch nimmt. Abgrenzungskriterium zwischen der täterschaftlichen Begehung zu Teilnahmeformen erfolgt dabei nach denselben Kriterien wie in § 176a Abs. 1 Nr. 4 (vgl. oben zu Nummer 1 (§ 176a Abs. 1 Nr. 4 StGB-E)).

Zu Artikel 2

Die Neuregelungen sollen sämtlich am Tag nach der Verkündung des Gesetzes in Kraft treten.

*Dieser Gesetzesentwurf wurde erstellt in Zusammenarbeit mit
Rechtsanwalt Dr. Holger-C. Rohne, Kanzlei am Gericht, Heidelberg.*

IJM Deutschland e.V. ist der deutsche Zweig der weltweit größten Anti-Sklaverei-Organisation International Justice Mission. Wir verbessern Rechtssysteme gemeinsam mit Regierungen und lokalen Behörden, um Gewalt gegen Menschen in Armut zu bekämpfen und ihren Schutz zu garantieren. Ein besonderer Fokus liegt auf der Abschaffung von Sklaverei und Menschenhandel. Weltweit arbeiten wir an 30 Standorten in 22 Ländern mit über 1.000 Mitarbeitenden.